

MÜRZZUSCHLAG HEUTE MORGEN

Informationsblatt der
KPÖ Mürzzuschlag



Eine ganz wichtige Stimme in der Stadt

BUDGETSITZUNG IN MÜRZ: Opposition lehnt Voranschlag 2001 ab

Als brave Vollstrecker der Regierung erwies sich einmal mehr die Mehrheit im Mürzzuschlager Gemeinderat. Viele Einsparungen, Gebührenerhöhungen von der Hundesteuer bis zu Kanal- und Müllgebühren und es wird schon in Euro gerechnet – denn am 1. Jänner 2002 ist es mit dem Schilling aus.

Der Mürzer Katalog der Grausamkeiten

| Tarif oder Gebühr | bisher | neu | Erhöhung |
|--|----------------|--------------|----------|
| Hundesteuer | 200.- | 300.- | 50% |
| Parkgebühr (ab Juli) | 60 Min 5.- | 30 Min 5.- | 100% |
| Parkhausgebühr (ab Juli) | 1. Stunde frei | 30 Min 5.- | |
| Kanalanschlussgebühr | 75.- je qm | 103,20 je qm | 40% |
| Kanalbenutzungsgebühr (jeweils für einen Kubikmeter Wasser) | 10,50.- | 15,14.- | 50% |
| Müllgebühr 120 lt | 900.- | 1170.- | 30% |
| 240 lt | 1800.- | 2340.- | 30% |
| 1100 lt | 18.000.- | 23400.- | 30% |
| (inkl. Biomüll) | | | |
| 120 lt | 675.- | 880.- | 30% |
| 240 lt | 1350.- | 1760.- | 30% |
| 1100 lt | 13500.- | 17600.- | 30% |
| (Eigenkompostierer) | | | |
| Kindergartengebühr* | 700.- | 850.- | 20% |
| Musikschule: Leihgebühr für Musikinstrumente* | 50.- | 110.- | 120% |

INHALT:

aus dem
Gemeinderat
S. 2-3

GKK streicht Zuschüsse
zur Ferienaktion
S. 4

Chronik
S.6

Das Sparpaket
der Regierung
S. 8



* Ab September

AUS DEM GEMEINDE- RAT

Bei der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres wurde neben dem Voranschlag 2001 eine Reihe von kommunalen Gebührenerhöhungen beschlossen.

Kaplan-Akademie – Hohe Sonder- förderung

Der Gemeinderat beschloss am 14. Dezember die Ausschüttung einer Teilförderung an die Viktor Kaplan Akademie in der Höhe von 9 Millionen Schilling. Der restliche Teil (ebenfalls 9 Millionen Schilling) sollte im nächsten Jahr „ausgeschüttet“ werden.

Forum Kaufhaus

Das zugesperrte ehemalige Forum Kaufhaus wurde von der Firma Immo-erent erworben. Nun soll das Haus auch „etagenweise“, vermietet oder verkauft werden. Bisher war die Suche nach neuen Mietern vergeblich.



Einschränkungen bei Schulen

Die sinkenden Einwohnerzahlen machen sich auch bei den Mürzzuschlager Schulen bemerkbar. Schon im nächsten Schuljahr wird es nur noch eine Volksschule geben, ein Name für die gemeinsame Volksschule wird noch gesucht. Auch beim Poly-

technischen Lehrgang scheint nur noch eine Klasse zustande zu kommen – das bedeutet, dass der Direktorsposten für das Poly nicht mehr besetzt wird.

Arbeitsplätzeverlust

Weniger Dienstposten wird es 2001 auch im Bereich der Gemeinde geben. Bei Stadtamt (178) und Stadtwerken (53) wird es durch Pensionierung und Selbstkündigung im nächsten Jahr statt 240 nur noch 231 Arbeitsplätze geben. Auf Grund der selbstständigen Unternehmensstruktur der Stadtwerke gibt es keine Aufnahmen von „Gemeindebediensteten“ mehr.

Budget von der Opposition abgelehnt

Das Mürzzuschlager Budget für 2001 wurde gegen die Stimmen aller Oppositionsfractionen beschlossen. Es ist eigenartig, das VP und FP im Gemeinderat so tun, als wären es nicht ihre Parteien, die diese Belastungsbudgets fordern, um die EU-Kriterien erfüllen zu können. Ebenso eigenartig ist aber, dass sich die SP-Mehrheitsfraktion kritiklos den Vorgaben der Bundesregierung fügt.

Beim ordentlichen Haushalt wurde „in allen Bereichen gespart“, daher sinkt er von von 265,3 auf 261,3 Millionen Schilling. Viel drastischer schaut es beim außerordentlichen Haushalt aus: von 109,8 sinkt er auf nur mehr 41,5 Millionen Schilling. Im Jahr 2000 flossen noch 26,5 Prozent des Budget in

Neuinvestitionen, 2001 sind es nur mehr 11,3 Prozent.

Dafür wird ein sogenannter Maas-tricht-Überschuss von 2,9 Millionen erzielt.

Euro-Dampfwalze

Das Budget für 2001 ist beschlossen. Die Auswirkungen des neuen Fi-

nanzausgleichs und der Kürzungen im Landeshaushalt und damit die finanziellen Zuweisungen für die Gemeindegassen sind aber noch nicht absehbar. Beim Budget ist auch die Frage, wie hoch die Kosten für die Umstellungen auf den Euro für die Stadtgemeinde sind. Denn das letzte Stündlein für den Schilling hat geschlagen. Allein der Bund muss an die 600 Gesetze euroanpassungsfähig machen. Das setzt sich natürlich über das Land auf die Gemeindeordnungen fort. Die Gemeinden müssen zum Beispiel die Vorschriften für Gebühren, Tarife, Mieten und andere kommunale Abgaben ‚eurofit‘ machen.

Parkgebühren

Ein Beispiel sind die Parkgebühren: 2001 werden die Parkgebühren in Mürzzuschlag verdoppelt. Um 5 Schilling kann nur noch dreißig Minuten statt bisher einer Stunde geparkt werden. 2002 – mit der Abschaffung des Schillings – steigt die Mindestparkdauer auf 40 Minuten. Denn die Parkautomaten werden dann den Einwurf von 50 Eurocent, das sind ca. 7 Schilling erfordern.

Parkplatzmisere – Parkhausmisere

Viele Fragen bleiben bei der „Parkraumbewirtschaftung“ offen. Bisher wurden für die Gemeinde Einnahmen aus den Parkgebühren erzielt. Jetzt ist das schlecht ausgelastete Parkhaus in Betrieb (jaja, zu Weihnachten ist schon was los im Parkhaus), die Rückzahlungen setzen ein – es kommt 2001 zu einem Abgang von 2 Millionen Schilling.

Das ist mit ein Grund für die Verdoppelung der Parkgebühren durch Halbierung der Parkzeit (für 5 Schilling darf jetzt statt einer Stunde nur mehr 30 Minuten geparkt werden). Fairerweise muss gesagt werden, dass dies eine Anpassung an die anderen steirischen Bezirkshauptstädte ist, wo überall für 30 Minuten 5 Schilling zu berappen sind. Im Jahr 2001 ist aber schon die nächste Erhöhung angesagt: Weil es dann keine Fünf-Schilling mehr gibt, sondern nur mehr 50 Eurocent muss dann für eine Mindestparkdauer von 40 Minuten 50 Eurocent gezahlt werden.

Auch die Parkscheinautomaten müssen erneuert werden. Obwohl sie

AUS DEM GEMEINDE- RAT

erst 1995 aufgestellt wurden, scheint es keine Anpassungsmöglichkeit auf die neue Währung zu geben. Für sieben neue Automaten muss die Gemeinde jetzt mehrere Hunderttausend Schilling zahlen.

Hundsteuer

Bei der Hundesteuer sind nach einer 50prozentigen Erhöhung statt 300 Schilling „nur“ mehr 22 Euro zu zahlen (vorher 200,-).

Ausgerechnet nach der Gemeinderatswahl scheint es auf jede Erhöhung anzukommen, auf die man vorher verzichtet hat: Die Kindergartengebühr wird erhöht, auch die Leihgebühr für Musikinstrumente.

Die grossen Brocken, die die gesamte Bevölkerung treffen, sind die Erhöhung der Kanalgebühr und die Erhöhung der Müllgebühr.

Lärmschutzwände

Trotz der stark gesunkenen Investitionen werden im kommenden Jahr einige Bauprojekte in Angriff genommen. Beim Museum wird das Dach saniert. Der Busbahnhof wird nach Fertigstellung der anderen Bauprojekte in diesem Bereich saniert. Beim Volkshaus reicht es vorerst nur für die Sanierung der Fassade.

Erfreulich ist, dass beim Bahn-Lärmschutz die Finanzierung gesichert werden konnte. 4,6 Millionen Schilling zahlt die Gemeinde, den grösseren Teil zahlen Land und ÖBB.

Zubau Altenheim

Um die Kapazität an Pflegebetten in Mürzzuschlag zu erhöhen, soll das Altenheim vergrößert werden. Die Rotenmanner Wohnbaugenossenschaft als Bestbieter wird die Erweiterung des Mürzer Altenheimes in Angriff nehmen. Investiert werden vom Sozialhilfeverband 60 Millionen Schilling, 50 Pflegebetten entstehen zusätzlich zu den jetzt bestehenden 70 Pflegeplätzen.

Auszug aus der Stellungnahme von KPÖ-GR Franz Rosenblattl

Der Voranschlag 2001 ist der erste, welcher unter völlig geänderten Rahmenbedingungen erstellt werden musste. Der Abschluss der Finanzausgleichsverhandlungen steht unter dem Diktat der Maastricht Kriterien für Städte und Gemeinden. Die Regierung lukriert für die Budgetsanierung Mehreinnahmen in der Höhe von rund 35 Milliarden Schilling, wird aber diese, und das ist anders als beim letzten Finanzausgleich, für sich selbst behalten und die Gemeinden gehen dabei leer aus! Obwohl diese 53% der öffentlichen Leistungen erbringen, erhalten sie nur 17 % der Bundesabgaben.

Angesichts dieses Würgegriffes der EU einerseits und der Regierung andererseits haben die Verantwortlichen ein recht ordentliches Budget zusammengebracht. Eine Zustimmung kann es meinerseits trotzdem nicht geben, da es doch einige hausgemachte Schwachstellen und Verteilungsungerechtigkeiten gibt.

Im Kapitel Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung wurde die Parteienfinanzierung unter dem Deckmantel „Schulungsbeiträge“ um sagenhafte 50% erhöht. Die 600.000 Schilling Druckkosten für die Gemeindezeitung erscheinen mir zu hoch. Vor allem dann, wenn man den tatsächlichen Informationsgehalt vom Werbeprospekt (das sicherlich ganz respektabel gemacht ist) trennt.

Völlig daneben und ungerechtfertigt sind meines Erachtens die Erhöhungen der Medienbeiträge (MEMA TV) um mehr als das Doppelte auf 470.000 Schilling. Diese zweifelhaften Zuwendungen verschlingen – nur zum Vergleich – in etwa soviel Geld wie der Altentreffpunkt oder das Kunsthaus jährlich kostet.

Die Bezüge der Organe müssen natürlich auch angehoben werden. Dazu hätte ich einen Vorschlag: Wie wäre es, wenn die Ausschussvorsitzenden sich auch nur den Betrag bezahlen lassen würden, den der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bekommt? Mit welcher Begründung wird der Prüfungsausschussvorsitzende nicht gleich wie alle anderen Ausschussvorsitzenden behandelt: Ich

kann es beantworten: Weil der Ausschussvorsitz niemals der Mehrheitsfraktion angehörte und angehören wird!

Zu den Kapiteln Wirtschaftsförderung und Dienstleistungen. Dabei verstehe ich absolut nicht, dass die Lehrlingsförderung an die MIA um 20% zurückgeht, während die zweifelhafte Förderung an den EU-Regionalverband um 70% erhöht wird.

Bei den Dienstleistungen fällt ein Widerspruch auf, der stellvertretend für einige andere ebenso widersprüchliche Positionen des Voranschlages steht:

Bei den Märkten wird ausgaben-seitig eine Erhöhung der Wasser-, Kanal- und Müllgebühr von 18.000 auf 40.000 öS veranschlagt. Einnahmenseitig bleibt die Marktstandsgebühr gleichzeitig bei den fast nicht erwähnenswerten 10.000,-. Bei den Gebühren für die Bevölkerung wird fleißig angepasst – für die Wirtschaft. Auch wenn es sich bei den „Marktstandlern“ nicht um den typischen Wirtschaftstreibenden handelt, wird in den Steuertopf gegriffen. Ja, richtig, die Marktstandler sind ja nicht die typischen Wirtschaftstreibenden, aber sie schaffen Kundenfrequenz, und dies durchaus im Interesse der Wirtschaft.

Die Wirtschaftsförderung geht um 7 Millionen zurück. Natürlich, da war ja der große Brocken Gewerbeförderung Industriepark Hönigsberg, den es ja im nächsten Voranschlag nicht mehr gibt – und gerade dieser Brocken wog 7 Millionen Schilling. Unterm Strich bleibt die Wirtschaft also zum Unterschied zur Bevölkerung weitgehendst vom Sparstift und Erhöhungen verschont – diese Politik kennen wir ja mittlerweile auch schon von anderen (Bundes)Haushalten...

Bei den Dienstleistungen ist ein Sparpaket verpackt, dass sich mit einigem guten Willen in diesem Ausmaß verhindern lassen hätte. Die Finanzlage der Gemeinde war schon seit längerem abschätzbar. Trotzdem reagierte man nicht schon früher auf Entwicklungen. Im Vorjahr standen Wahlen bevor – da konnte man doch

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung

nicht durch die eine oder andere Gebührenerhöhung die Ausgangslage bei der Gemeinderatswahl aufs Spiel setzen. Da ist es doch einfacher, das Paket auf einmal zu schnüren und so vielleicht bei den nächsten Wahljahren wieder etwas nachlassen – diese Taktik verfolgt ja zur Zeit nicht nur die Mehrheit im Gemeinderat...

Als 1995 der SP-Wahlsieg bei der Landtagswahl feststand, dachte SP Spitzenfunktionär Schrittwieser nicht im entferntesten daran, die Landesumlage für die Gemeinden in Zweifel zu ziehen und schon gar nicht, diese abzuschaffen – saß man doch am (gerecht verteilten) Futtertrog. Wie oft mussten wir in der Vergangenheit hören und lesen, dass nur durch die Unterstützung des Büro Schachner dies oder jenes zustande kam. Es klang schon fast so, als würde alles Geld aus Schachner-Blaziceks Privatvermögen kommen. Jetzt ist alles anders. Auf einmal fordert SP-Schrittwieser die Abschaffung der Landesumlage – jetzt erst, da der Futtertrog auf einmal nicht mehr gerecht aufgeteilt wurde... Wir fordern dezidiert die Abschaffung der Landesumlage und der unobjektiven Vergabe von Bedarfszuweisungen!

Die KPÖ kann diesem Voranschlag aus all den erwähnten Gründen keine Zustimmung geben. Das auferlegte Korsett von EU über Bund und Land bis hin zu den örtlichen politischen Zwängen hinderte die Verantwortlichen nicht, ein Rechnungswerk zu erstellen das meine Anerkennung finden würde.

Pensionisten: Abgespeist – für dumm verkauft

Bei der Pensionserhöhung 2001 werden die Senioren mit 0,8 Prozent abgespeist und für dumm verkauft. Während der Preisanstieg immer rasanter wird und der Fall des Euro das Schlimmste für die Inflationsrate 2001 befürchten lässt, will man den Pensionisten nur 0,8 Prozent geben.

Die sich heute in Pension befindlichen Frauen und Männer haben den heutigen Wohlstand in Österreich hart erarbeitet, aber viele von ihnen geraten durch die unsozialen Maßnahmen der Regierenden immer mehr in die Armutsfalle.

Während die Pensionserhöhung für das Jahr 2000 nur 0,6% – das sind 60 Groschen für 100 S – betrug, stieg die Teuerung bis jetzt auf fast 3 Prozent. Die Erhöhung der Medikamentengebühr um 10 S, die bereits beschlosse-

ne Gebühr für den Besuch eines Ambulatoriums von 150 S bzw. 250 S sowie die Erhöhung des Spitalskostenbeitrages auf 100 S pro Tag treffen die alten Menschen besonders hart. Durch den Wegfall des allgemeinen Absetzbetrages steigt auch bei niedrigen Pensionen die Lohnsteuer.

AUCH DIE HEIZKOSTEN STEIGEN DRAMATISCH AN

Trotzdem werden die Pensionisten mit 0,8 Prozent Erhöhung und einem Einmalbetrag abgespeist, der auf kommende Pensionserhöhungen nicht eingerechnet wird. Die KPÖ fordert eine echte Abgeltung der Teuerung. Das bedeutet einen Sockelbetrag von 500 S monatlich für alle Pensionisten und eine Pensionserhöhung von mindestens 5 Prozent brutto.

WOHNUNGSVERKAUF NICHT HINNEHMEN!

Der Nationalrat hat am 23. November 2000 überfallsartig einen Beschluss über Änderungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) gefasst, die den Verkauf der Wohnungsgesellschaften des Bundes an Privatfirmen möglich machen. Die Warnungen der KPÖ vor diesem Schritt sind damit bestätigt worden. Die Arbeiterkammer befürchtet durch die Aufhebung der Gemeinnützigkeit langfristig eine Erhöhung der Wohnungskosten um bis zu 2.000 S und eine allgemeine

Erhöhung des Mietenniveaus. Durch die Veränderung der Eigentumsverhältnisse von bis zu 105.000 Wohnungen in Österreich wird auch dieser Bereich in die Sphäre der Immobilienspekulation einbezogen.

Mürzzuschlag ist Standort zahlreicher Objekte der BUWOG und der Eisenbahnerwohnungsgesellschaften. Der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag hat daher die Aufgabe, diese Verschlechterungen abzuwenden. Wichtige Gemeindevertretungen in der Steiermark – so die Gemeinderäte von Leoben, Trofaiach, Eisenerz, Fohnsdorf und Knittelfeld – haben diese Vorgangsweise bereits abgelehnt.

Die Stadt Mürzzuschlag sollte sich den Protesten anschließen.

KPÖ Gemeinderat Franz Rosenblattl brachte bezüglich des beabsichtigten Wohnungsverkaufs den folgenden DRINGLICHKEITSANTRAG ein.

Der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag fordert in einer Petition den Nationalrat auf, die Änderungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) wieder zurückzunehmen, die den Verkauf der bundeseigenen Wohnungsgesellschaften an institutionelle Anleger ermöglichen.

Nach eingehender Diskussion wurde der Antrag an den Wohnungsausschuss verwiesen.



Sparen bei den Kleinen

Im kommenden Jahr will der GKK keine Zuschüsse mehr zu den Erholungsaktionen der Kinderorganisationen mehr leisten (bisher 100 Schilling pro Tag). Dies bedeutet eine erhebliche Verteuerung für die Eltern – viele werden es sich nicht mehr lei-



ENDE FÜR KRANKENKASSAZUSCHÜSSE BEI DER KINDERERHOLUNGSAKTION?

sten können ihre Kinder auf Erholung zu schicken.

Seit 1945 leistet die Krankenkasse Zuschüsse zur Kindererholung als Maßnahme zur Gesundheitsvorsorge. In der 50er Jahren konnte sich die Krankenkasse Zuschüsse leisten – aber heute? Zu teuer.

Im letzten Jahr wurden insgesamt 6 Millionen Schilling ausgegeben – für die GKK ein Miniposten, verglichen mit den anderen Ausgaben für die Gesundheit. Hier waren – wie schon in der Gemeindestube – die Sparefroh-Musterschüler am Werk. Die Regierung fordert Belastungen und man nimmt bei denen, die sich am wenigsten wehren können. Die Ärzte lassen sich Abstriche nicht gefallen. Also streicht man vermeintlich kleine Posten. Sicher wäre es eine Lösung wenn das Land einspringen könnte, oder die Gemeinden. Aber die GKK sollte sich ihrer Verantwortung im Bereich der Gesundheitsvorsorge und im speziellen bei der Kindererholung nicht entziehen.

...meint *Franz Rosenblattl*

Impressum:

Verleger und Herausgeber: KPÖ-Mürzzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag, Tel. 03852/24 53; Fax. 03852/2453. Druck: Hausdruckerei

www.kpoe.at

email: kp.stmk@nextra.at

Hoher Benzin- und Heizölpreis lässt Konzernkassen klingeln

Während die Regierung damit beschäftigt ist, ein paar „Netsch“ aus den Mehreinnahmen des Finanzministers als Heizkostenzuschuss für Bedürftige zurückzugeben, klingeln die Kassen der Mineralölkonzerne. Die dort angehäuften Profite haben Rekordniveau. Es sind nicht die Ölförderländer, sondern die Multis, die in erster Linie am hohen Benzinpreis verdienen.

Ein Beispiel ist die heimische OMV. Die machte in den ersten 9 Monaten dieses Jahres einen Rekordgewinn von sage und schreibe 4,82 Milliarden Schilling. Das ist ein Zuwachs um 132%! Bis Ende des Jahre wird die OMV voraussichtlich an die 6 Mrd. Schilling profitiert haben. Wie geht das? Die OMV fördert Rohöl zu 4,72 Dollar pro Fass und verrechnet dafür ihren Kunden in Österreich den Weltmarktpreis von 30 Dollar. Aber auch im angeblich so wenig lukrativen Tankstellengeschäft machte die OMV immerhin 115,5 Millionen Schilling Gewinn.

Natürlich ist die OMV international gesehen in diesem ganzen Geschäft nur ein kleiner Fisch. Allein im dritten Quartal stiegen die Profite von BP um 93% auf 3,8 Milliarden Dollar (das sind etwa 60 Milliarden Schilling!), von Shell um 80% auf 3,25 Milliarden Dollar und Exxon 4,29 Milliarden Dollar.

Und welche Regierung wagt es da einzugreifen?

Die österreichische sicher nicht. Aber auch von der EU hat man diesbezüglich noch nichts gehört...

Michael Graber

Mag. Michael Graber
ist wirtschaftspolitischer
Sprecher der KPÖ



DER 8. DEZEMBER – NUR MEHR EIN TAG WIE JEDER ANDERE?!

Noch vor ein paar Jahren wehrten sich Gewerkschaft und Kirche vehement gegen ein Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember. Heute haben die großen Handelsketten gewonnen. Den „Tanz ums goldene Kalb“ machen – gezwungenermaßen – auch die kleinen Geschäfte und Gewerbebetriebe mit.

Es genügt jedoch nicht, den Handelsangestellten eine finanzielle Abgeltung für diesen Tag zukommen zu lassen. Außerdem stehen in den kleinen Betrieben meistens die Chefs und deren Familienangehörige persönlich hinter dem Ladentisch.

Der 8. Dezember war ein wichtiger freier Tag, eine Verschnaufpause für die Handelsangestellten vor den „Kaufrauschochen“ bis zum Heiligen Abend. Ist wirklich schon so, dass in unserer konsumorientierten Welt der Profit weit vor den Grundbedürfnissen und der Gesundheit der Menschen steht?

CHRONIK MHM SCHRIEB...

...VOR 25 JAHREN

Nur ein Wermutstropfen?

Im Mitteilungsblatt der Stadtgemeinde Mürzzuschlag vom Dezember 1975 wird die Wasser- und Kanalbenützungsgebühr als „Wermutstropfen“ bezeichnet. Wenn die Bevölkerung unserer Stadt nur diese einzige Erhöhung in Kauf nehmen müsste, so könnte man diese als solche noch bezeichnen. Tatsache aber ist, dass die arbeitende Bevölkerung außer dieser Erhöhung mit dutzenden anderen Tarif- und Preissteigerungen belastet wird. Dieses war auch eine mit der Ursachen, daß der kommunistische Gemeinderat Franz Saurer gegen diese Erhöhung stimmte. Die VP-Gemeinderäte schlossen sich dieser Ablehnung an.

...VOR 20 JAHREN

Eine Erhöhung treibt die andere...

Vor der Beratung des Budget 1981 standen Tarifierhöhungen zur Diskussion. Die Wasser- Kanalgebühren, Wasserzählermieten, Grabgebühren sowie Tageskarten für das Hallenschwimmbad sollen erhöht werden. Die Erhöhungen bewegen sich von 25 bis rund 60 Prozent. (Sie treten ab 1.1.1981 in Kraft.)

KP Gemeinderat Franz Saurer dazu: „Wenn unsere Stadtbevölkerung nur mit kommunalen Tarifierhöhun-

gen belastet würde und nicht auch mit Tarifierhöhungen vom Land und Bund einschließlich zusätzlicher Preiserhöhungen, dann könnte man noch über die eine Tarifierhöhung diskutieren. Tatsache aber ist, daß die Löhne und Gehälter trotz Lohnerhöhungen durch die Tarif- und Preispolitik rückläufig sind. Arbeitende Menschen müssen dadurch bereits Reallohnverluste erleiden.“

All diese Opfer verlangt man von der Bevölkerung mit dem Argument, dies sei zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig. Wahr ist das Gegenteil! Wir Kommunisten lehnen auch das Diktat des Landes bei der kommunalen Tarifgestaltung ab. Das Land droht mit Streichung von Subventionen, wenn die Gemeinde nicht die Höchstarife bei kommunalen Einrichtungen verlangt. Eine solche Vorgangsweise hat mit Demokratie nichts zu tun, sondern bedeutet eine Vergewaltigung der Gemeinde.

...VOR 15 JAHREN

KPÖ urgiert Verkehrskonzept

Die Verkehrssituation unserer Stadt verschlechtert sich zunehmend! Die Konzentration des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in unserem relativ kleinen, verkehrsmäßig ungünstig gelegenen Stadtzentrum macht wirksame Gegenmaßnahmen notwendig. Der bestehende öffentliche Verkehr ist vor allem für die groß-

teils an den Stadträndern lebende Bevölkerung völlig ungenügend, für unmotorisierte Mürzzuschlager keine Hilfe und für motorisierte Bewohner schon gar keine Alternative. Wir schrieben schon des öfteren in unserer Gemeindezeitung über diese Problematik. KPÖ GR Franz Saurer hat im Gemeinderat eine Diskussionsgrundlage über die Erstellung eines neuen Verkehrskonzeptes vorgelegt.

...VOR 10 JAHREN

Entlastungsstraße wurde der Öffentlichkeit übergeben



Montag, den 10. Dezember 1990, wurde die Entlastungsstraße beim ehemaligen Holzwohlfühel mit einem Schluck Sekt (bei diesen Temperaturen wäre Glühwein besser gewesen) von den Verantwortlichen der Straßenverwaltungen von Bund und Land, der bauausführenden Firma, sowie einigen Schaulustigen, der Öffentlichkeit übergeben. In der Zwischenzeit stellt sich zunehmend heraus, daß die Entlastungsstraße in den Bereichen Bahnhof, Kreuzung Obere Bahngasse und Mariazellerstraße eher eine Bela-

stungsstraße wird. In einigen Fällen wurden wir Augenzeugen von gefährlichen Situationen.

...VOR 5 JAHREN

Wie ist das wirklich mit dem „Sparen“?

Jede/r hat's gelesen: Schuld am Budgetdefizit seien die FrühpensionistInnen, die LehrerInnen, die Beamten, die Frauen usw. Die Taschenrechner der Nation haben sich also zusammengesetzt und ausgefüllt, wie viele Milliarden sie aus diesen Bevölkerungsgruppen und aus den ArbeiterInnen und Ange-

stellten herauspressen können. Und – man merke die „Sozialpartner“ sind mit gutem Beispiel vorgegangen. Wozu das alles aber? Ist es wirklich so, daß eines der 10 reichsten Länder der Welt sein Sozialsystem nicht mehr finanzieren kann? Selbstverständlich nicht. Die Ursachen der Finanzmisere liegen in der Politik der Regierung! Denn in großer Einigkeit haben SP und VP in den letzten Jahren alle Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass immer mehr Leute verarmen, während wenige stinkreich werden.

MÜRZSPARBUCH

- GARANTIERTE ZINSEN FÜR IHR GELD
- EINLAGE IN UNBEGRENZTER HÖHE
- JEDERZEIT ÜBER IHR GELD VERFÜGEN

IHR MÜRZSPARBUCH GARANTIERT ERTRAGREICHES SPAREN MIT DER SICHERHEIT EINER SPARKASSE

SPARKASSE

Mürzzuschlag

„SOLIDARITÄT IST DIE ZÄRTLICHKEIT DER VÖLKER“

Unter diesem Motto absolvierte der pakistanische Gewerkschafter Kalid Mehmood eine Informationsreise durch Österreich, um auf die oft unzumutbaren Arbeitsbedingungen der Menschen in seinem Land aufmerksam zu machen. Besonders Frauen und Kinder sind in Pakistan äußerst harten Arbeitsbedingungen und

Repressalien ausgesetzt. Die Veranstaltungsreihe, an der sich auch die KPÖ beteiligte, hätte beinahe nicht stattfinden können, denn der neue österreichische Botschafter in Pakistan (von der FP) wollte erst kein Visum ausstellen. Zur Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit ca. 2.600.- Schilling gesammelt.

Franz Leitner: Steirischer Held aus dem KZ

Bei der festlichen Eröffnung der Grazer Synagoge war ein „steirischer Held aus dem KZ“ („Die Woche“) einer der Ehrengäste: Franz Leitner, KPÖ-Landtagsabgeordneter außer Dienst, ehemaliger Landesobmann der KPÖ-Steiermark und Träger des Ehrentitels „Gerechter der Völker“.

Diese hohe Auszeichnung des Staates Israel erhielt Franz Leitner, weil er als Häftling im KZ Buchenwald etwa 100 jüdischen Kindern das Leben rettete.

Als Kommunist war Franz Leitner zwischen 1939 bis zur Befreiung 1945 im KZ-Buchenwald. Als Blockältester im Kinderblock setzte er sein Le-



Franz Leitner

ben ein, um die Kinder zu retten.

Zu Recht nennt ihn „Die Woche“ einen ganz Großen der österreichischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg.

Mürzer Stammtisch



Host scho gher, die Hundesteier wird erhöht!

Jo, oba es gibt in Mürz eh nur 300 legal angemödete Hund.

Najo, wenn ma de zur Bevölkerung rechnen tat, kummat ma bei da Volkszählung locker über die 10tausenda Grenz.

DAS „ANDERE“ MÜRZBUCH

Herta Eisler-Reich gehört zu den wenigen, die den Nazis entkommen konnte. „Zwei Tage Zeit“ ist die Schilderung dieser Flucht. Daneben handelt dieses Buch aber auch vom bescheidenen jüdischen Leben in Mürzzuschlag im 19. und 20. Jahrhundert, vom Antisemitismus, den „Arisierungen“ und der Verfolgung und Ermordung der Mürzzuschlager Juden.



Ich bestelle ... Stk. des Buches

Herta Reich: **Zwei Tage Zeit. Die Flucht einer Mürzzuschlager Jüdin 1938-1944.**

(ISBN 3-9500971-0-4) zum Preis von 130.- zuzüglich Versandkosten.

Name:

Adresse:

TREFFSICHER WIE EINE SPLITTERBOMBE...

Das Paket der Regierung

Sie reden von Treffsicherheit. Sie reden von sozialer Gerechtigkeit. Sie handeln ganz anders. Ihr Belastungspaket ist so treffsicher wie eine Splitterbombe und so gerecht wie ein Diebstahl. Es trifft die Zivilbevölkerung, Arbeiter, Hausfrauen, Arbeitslose, Autofahrer, Studierende, Zivildienstler, Pensionisten. Sie verschont Kapital und Vermögen. Diese Regierung trifft uns alle.

- ⇒ **Studiengebühren:** 10.000 S jährlich
- ⇒ **Ambulanzgebühr** 250 S
- ⇒ **Krankenscheingebühr** 55 S
- ⇒ **Selbstbehalt** im Spital 100 S pro Tag
- ⇒ Höhere **Kfz-Steuern**
- ⇒ **Autobahnvignette** 1000 S
- ⇒ **Energieabgabe**
- ⇒ Keine kostenlose **Mitversicherung für Ehepartner** ohne Kinder.
- ⇒ Steuer auf **Unfallrenten**
- ⇒ Kürzung der Familienzuschläge für **Arbeitslose**
- ⇒ Anhebung des **Pensionsalters**
- ⇒ Verdreifachung der **Einheitswerte**
- ⇒ Usw., usw.

Das alles ist nicht notwendig. Die Regierung führt aus, was die EU vorschreibt. Um den Euro zu retten, sollen die Sozialsysteme in Europa kaputtgemacht werden. Wir sollen uns

einschränken, damit die Finanzmärkte florieren. Es ginge auch anders. Die KPÖ hat ein Sparprogramm ausgearbeitet, das wirklich bei den Superreichen greift.

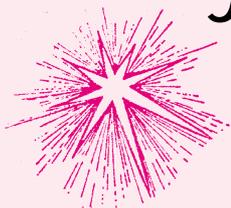
Das sind unsere Vorschläge:

Das 134-Milliarden-Programm der KPÖ

| | |
|--|---------|
| Aufhebung der Privatstiftungsprivilegien | 15 Mrd. |
| Wiedereinführung der Vermögenssteuer | 24 Mrd. |
| Erhöhung der Körperschaftssteuer | 23 Mrd. |
| Erhöhung des Spitzensteuersatzes | 5 Mrd. |
| Besteuerung von Zins- und Dividendengewinnen | 5 Mrd. |
| Keine Lohnnebenkostensenkung | 15 Mrd. |
| Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer | 1 Mrd. |
| Erbschaftssteuerrhöhung bei Großvermögen | 1 Mrd. |
| Steuerschulden der Unternehmer eintreiben .. | 40 Mrd. |
| Bundesheereinsparungen ... | 5 Mrd. |



FROHE FESTTAGE
und ein erfolgreiches
und friedliches
Jahr 2001...



...wünscht allen Müzzuschlagerinnen
und Müzzuschlagern die KPÖ und
die Redaktion von „MHM“!

